

Sabine Zinn

Transformation des SOEP: Evidenzbasierte Politikberatung für Krisenzeiten

Politische Beratung braucht eine gute und schnell zugängliche Datengrundlage. Beides ist in Krisenzeiten besonders schwer zu bekommen. Was es daher braucht: leistungsfähige, dauerhaft betriebene Dateninfrastrukturen, die im Krisenfall schnell aktiviert und für wissenschaftliche Analysen nutzbar gemacht werden können. Auch die SOEP-Dateninfrastruktur soll besser werden. Ab 2028 beginnt eine Transformation mit dem Ziel, die bestehende Forschungsdateninfrastruktur so weiterzuentwickeln, dass sie künftig schneller, flexibler und thematisch adaptiver auf gesellschaftliche Krisen reagieren kann. Unter anderem wird eine „quartalsweise Repräsentativität“ eingeführt, wodurch erstmals unterjährige Analysen gesellschaftlicher Entwicklungen möglich werden.

Politische Entscheidungen sollten grundsätzlich auf belastbaren und aussagekräftigen empirischen Befunden beruhen. Gerade in gesellschaftlichen Krisen, die tiefgreifende Veränderungen in mehreren gesellschaftlichen Lebensbereichen auslösen, große Unsicherheit erzeugen und bestehende soziale Strukturen und Institutionen unter Druck setzen, stellt diese Anforderung jedoch eine besondere Herausforderung dar.

Evidenzbasierte Politikberatung unter Krisenbedingungen

Besonders ausgeprägt ist dieses Problem in akuten Krisensituationen, die durch abrupte und unerwartete Ereignisse mit disruptivem Charakter gekennzeichnet sind. Hierzu zählen beispielsweise Pandemien, militärische Konflikte, Naturkatastrophen oder plötzliche Migrationsbewegungen. Derartige Krisen erfordern häufig rasche politische Reaktionen, obwohl belastbare empirische Informationen zu Beginn der Krise naturgemäß noch nicht vorliegen. Selbst Echtzeitdaten stehen im Regelfall nur mit zeitlicher Verzögerung zur Verfügung und müssen zunächst aufbereitet, analysiert und interpretiert werden. Befunde aus früheren Krisenkontexten können zwar eine erste Orientierung bieten, bleiben jedoch aufgrund unterschiedlicher historischer, institutioneller und sozialer Rahmenbedingungen nur begrenzt übertragbar.

Um diesem Dilemma möglichst wirksam zu begegnen, bedarf es leistungsfähiger, dauerhaft betriebener Dateninfrastrukturen, die im Krisenfall schnell aktiviert und für wissenschaftliche Analysen nutzbar gemacht werden können. Hierzu zählen insbesondere bevölkerungsweite administrative Register, amtliche Statistiken, bevölkerungsrepräsentative Längsschnittstudien sowie themenspezifische Monitoring-Systeme. Da gesellschaftliche Krisen in der Regel mehrere Lebensbereiche zugleich betreffen, müssen solche Infrastrukturen Informationen zu unterschiedlichen Domänen des sozialen Lebens bereitstellen. Zu den zentralen Lebensbereichen zählen Familie und Haushalte, Bildung und Qualifikation, Erwerbsarbeit und Arbeitsmarkt, Einkommen und wirtschaftliche Lage, Gesundheit und Gesundheitsversorgung, Migration und Mobilität, soziale Sicherung und Wohlfahrt, Wohnen und räumlicher Kontext, demografische Entwicklungen sowie Politik, Staat und Recht. Für robuste Ursache-Wirkungsanalysen und die Evaluation politischer Maßnahmen sind insbesondere Längsschnittdaten erforderlich, die identische Personen, Haushalte oder andere relevante Einheiten

Prof. Dr. habil. Sabine Zinn ist Direktorin des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin und Professorin für Sozialwissenschaftliche Methoden mit dem Schwerpunkt Survey-Methodik an der Humboldt Universität, Berlin.

Zum Editieren dieses Beitrags wurde von der Autorin GPT 5.5 genutzt.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

ten über längere Zeiträume hinweg beobachten, idealerweise vor, während und nach einer Krise.

Registerbasierte Dateninfrastrukturen für gesellschaftliche Echtzeitkrisen in Deutschland

Deutschland verfügt bislang über keine integrierte Datenbasis, die unterschiedliche gesellschaftliche Lebensbereiche umfassend, längsschnittlich und zugleich hinreichend zeitnah für eine empirisch fundierte Politikberatung in gesellschaftlichen Echtzeitkrisen abbildet. Zwar existieren bevölkerungsweite administrative Datenbestände in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, diese sind jedoch überwiegend sektoral organisiert und nur eingeschränkt miteinander verknüpfbar.

Im Bereich von Erwerbsarbeit und Arbeitsmarkt stellen insbesondere die administrativen Daten der Bundesagentur für Arbeit eine zentrale Forschungsressource dar. Über das Forschungsdatenzentrum (FDZ) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stehen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unter anderem die Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) zur Verfügung. Diese umfassen detaillierte Informationen zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Leistungsbezug und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und erlauben Längsschnittanalysen individueller Erwerbsverläufe über lange Zeiträume hinweg. Für den Bereich der Alterssicherung und Erwerbsverläufe im höheren Lebensalter stellt die Deutsche Rentenversicherung umfangreiche Registerdaten bereit, die über das Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung für wissenschaftliche Analysen zugänglich sind. Diese Daten enthalten unter anderem Informationen zu Versicherungszeiten, Erwerbsbiografien, Rentenzugängen, Rentenhöhen sowie Rehabilitationsleistungen und ermöglichen detaillierte Analysen von Lebensverläufen im Übergang in den Ruhestand.

Trotz umfangreicher administrativer Datenbestände bleiben die verfügbaren Informationsquellen stark fragmentiert. Sie sind überwiegend auf einzelne gesellschaftliche Bereiche beschränkt, nur eingeschränkt miteinander verknüpfbar und häufig nicht für kurzfristige Analysen gesellschaftlicher Krisendynamiken ausgelegt. Insbesondere fehlt bislang eine integrierte, lebensbereichsübergreifende und längsschnittliche Dateninfrastruktur, die zeitnah empirische Evidenz für die Politikberatung in gesellschaftlichen Echtzeitkrisen bereitstellen könnte. Eine Verbindung der Register und auch ihre Verknüpfung über verschiedene gesellschaftliche Bereiche hinweg ist durch das Forschungsdatengesetz anvisiert. Doch bisher gibt es hier noch immer kein nennenswertes Fortkommen, weil föderale Zuständigkeiten, uneinheitliche Datenstan-

dards und datenschutzrechtliche Restriktionen die praktische Umsetzung bislang behindern. Im europäischen Vergleich rangiert Deutschland damit eher im Mittelfeld der Verfügbarkeit und Verknüpfbarkeit von populationsweiten Registerdaten über verschiedene gesellschaftliche Lebensbereiche hinweg. Innerhalb der EU-27 gelten insbesondere Dänemark, Schweden, Finnland, die Niederlande, Belgien und Estland als führend in der registerbasierten Bevölkerungsforschung. Diese Länder ermöglichen populationsweite Längsschnittanalysen zu Familie, Bildung, Erwerbsverläufen, Einkommen, Gesundheit, Migration und sozialer Sicherung auf Individualebene über den gesamten Lebensverlauf hinweg (Bakker et al., 2014; Thygesen & Ersbøll, 2014; UNECE, 2018).

Bevölkerungsrepräsentative Befragungen als Grundlage der Politikberatung

Eine wichtige Ergänzung zu den Registerdaten stellt der Mikrozensus dar. Als größte amtliche Haushaltsbefragung Deutschlands erfasst er jährlich rund 1 % der Wohnbevölkerung und liefert Informationen zu einer Vielzahl gesellschaftlicher Lebensbereiche, darunter Erwerbstätigkeit, Bildung, Migration, Haushalts- und Familienstrukturen, Einkommen, Wohnen und soziale Sicherung. Die Erhebung des Mikrozensus ist durch das Mikrozensusgesetz (MZG) rechtlich abgesichert. Die Auskunftspflicht für die ausgewählten Haushalte ergibt sich aus §13 MZG in Verbindung mit §15 des Bundesstatistikgesetzes (BStatG). Für den überwiegenden Teil der Erhebungsmerkmale besteht damit eine gesetzliche Verpflichtung zur Auskunftserteilung. Lediglich einzelne Fragen sind ausdrücklich als freiwillig gekennzeichnet. Der Mikrozensus bildet damit eine unverzichtbare empirische Grundlage für die Sozialberichterstattung und evidenzbasierte Politikberatung. Für die Analyse kurzfristiger Krisendynamiken stößt er jedoch an Grenzen. So erfolgt die Datenerhebung im Mikrozensus lediglich einmal jährlich, während die Integration neuer Themen aufgrund umfangreicher Abstimmungsprozesse nur eingeschränkt kurzfristig möglich ist.

Neuere Arbeiten des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) zeigen darüber hinaus, dass bestehende sozialwissenschaftliche Bevölkerungsumfragen in Deutschland zwar eine Vielzahl krisenrelevanter Themen abdecken, zentrale Inhalte für das Verständnis gesellschaftlicher Krisen und Katastrophen jedoch bislang nur unzureichend oder sehr heterogen erfasst werden (Saravia et al., 2026). Hierzu zählen insbesondere Aspekte individueller und kollektiver Vulnerabilität, Krisenvorsorge und Vorbereitetsein, Resilienz, Vertrauen in staatliche Institutionen und Krisenmanagement, Verhaltensabsichten in Krisensituationen sowie die Wahrnehmung und Bewertung von Risiken und Bedrohungen. Die Analyse bestehender

Bevölkerungsumfragen verdeutlicht zudem erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Operationalisierung entsprechender Konzepte und weist auf eine bislang unzureichende Standardisierung krisenbezogener Erhebungsinstrumente hin. Dies erschwert sowohl den Vergleich zwischen Studien als auch die kumulative Wissensbildung über verschiedene Krisenkontexte hinweg.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen von KonsortSWD und der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur NFDI4Society die Informationsplattform „Krisen- und Katastrophendaten“ aufgebaut. Ziel der Plattform ist es, die Auffindbarkeit, Nutzung und Nachnutzung krisen- und katastrophenbezogener Daten, Erhebungsinstrumente und Forschungsressourcen zu verbessern sowie bestehende Datenangebote systematisch zu dokumentieren und zu vernetzen. Die Plattform stellt damit eine wichtige Ressource für Wissenschaft, Politik und Praxis des Bevölkerungsschutzes dar. Die Ergebnisse des RatSWD verdeutlichen insgesamt, dass Deutschland nicht nur langfristig angelegte Bevölkerungsstudien benötigt, sondern zugleich Forschungsinfrastrukturen, die flexibel auf unerwartete gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und zeitnah standardisierte krisenbezogene Inhalte erheben können. Erforderlich sind insbesondere Dateninfrastrukturen, die langfristige Beobachtungen gesellschaftlicher Entwicklungen mit einer hohen Reaktionsfähigkeit auf kurzfristige Krisendynamiken verbinden.

Forschungsbasierte Infrastruktur Sozio-oekonomisches Panel

Vor dem Hintergrund der identifizierten Defizite bestehender Dateninfrastrukturen kommt großen bevölkerungsrepräsentativen Längsschnittstudien eine besondere Bedeutung zu. Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) bietet aufgrund seines langfristigen Designs, seiner thematischen Breite und seiner hohen wissenschaftlichen Qualität bereits heute eine zentrale Grundlage für die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen in Deutschland. Die im Folgenden beschriebene Transformation der SOEP-Dateninfrastruktur zielt darauf ab, die vom RatSWD identifizierten Bedarfe nach größerer Flexibilität, höherer Aktualität und einer besseren Erfassung krisenbezogener Inhalte systematisch zu adressieren.

Das SOEP ist seit über 40 Jahren eine zentrale Forschungsdateninfrastruktur für die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen in Deutschland. Als bevölkerungsrepräsentative Haushaltspanelstudie erhebt das SOEP jährlich Daten zu ca. 20.000 Haushalten und ihren Mitgliedern in Deutschland und ermöglicht dadurch differenzierte Analysen sozialer, wirtschaftlicher, demografischer und verhaltensbezogener Dynamiken. Die Studie umfasst

neben der Gesamtbevölkerung auch gezielte Zusatzstichproben, unter anderem zu Geflüchteten (IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten, Brücker et al., 2026), Migrantinnen und Migranten (IAB-SOEP Studien) sowie Haushalten in deprivierten Gebieten (in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumplanung, BBSR). Darüber hinaus bestehen Verknüpfungsmöglichkeiten mit regionalen Informationen, Geodaten, administrativen Erwerbsbiografien (den IEB, Antoni et al., 2026) und den Registerdaten der Deutschen Rentenversicherung (Lüthen et al., 2022); weitere Verknüpfungen, etwa mit Lohn- und Einkommenssteuerregisterdaten (in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesministerium der Finanzen über die Initiative Netzwerk für empirische Steuerforschung, NeSt), befinden sich in Vorbereitung.

Gleichwohl steht auch das SOEP bislang vor dem Problem begrenzter Aktualität. Die reguläre Befragung erfolgt jährlich, und die vollständig aufbereiteten Daten werden erst nach Datenprüfung, Anreicherung, Dokumentation und Integration in den Längsschnittbestand bereitgestellt.

In früheren Krisen, insbesondere während der COVID-19-Pandemie mit der SOEP-CoV-Studie (Kühne et al., 2020) sowie der CORONA-MONITORING bundesweit-Studie (RKI-SOEP, u. a. Neuhauser et al., 2022) und im Kontext der Fluchtmigration aus der Ukraine im Jahr 2022 mit der IAB-FReDA/BIB-BAMF-SOEP-Studie (Brücker et al., 2023), reagierte das SOEP-Team daher mit zusätzlichen Ad-hoc-Erhebungen in Kooperation mit wissenschaftlichen Partnern. Diese Studien lieferten wichtige empirische Befunde und konnten an den bestehenden SOEP-Datenbestand angebunden werden. Zugleich waren sie jedoch mit erheblichem Koordinationsaufwand und Kosten verbunden. Die hierfür erforderliche Mobilisierung finanzieller und personeller Ressourcen band erhebliche Kapazitäten und ging zulasten anderer wissenschaftlicher Aufgaben, insbesondere der Dokumentation, Qualitätssicherung und nachhaltigen Weiterentwicklung der Forschungsinfrastruktur.

Transformation der SOEP-Dateninfrastruktur für gesellschaftliche Echtzeitkrisen

Aus diesen Erfahrungen leitet sich die ab 2028 geplante Transformation der SOEP-Dateninfrastruktur ab. Ziel ist es, die bestehende Forschungsdateninfrastruktur so weiterzuentwickeln, dass sie künftig schneller, flexibler und thematisch adaptiver auf gesellschaftliche Krisen reagieren kann. Die Strategie verfolgt vier zentrale Zielsetzungen:

1. Steigerung der Flexibilität durch häufigere Erhebungsintervalle und adaptive Stichprobendesigns.

2. Erhöhung der Aktualität durch beschleunigte Datenaufbereitung und zeitnähere Bereitstellung.
3. Erweiterung des Themenspektrums durch flexible Befragungsmodule sowie die Verknüpfung mit externen Datenquellen.
4. Verbesserung der Datennutzbarkeit durch optimierte Zugangs-, Beratungs- und Dokumentationsstrukturen.

Das SOEP-Team plant diese Ziele durch drei Innovationsbausteine mit je zwei Maßnahmen umzusetzen.

Innovationsbaustein 1: Quartalsweise Repräsentativität

Ein zentrales Element der Transformation ist die Einführung quartalsweiser Repräsentativität. Durch eine randomisierte Aufteilung der Gesamtstichprobe auf vier Quartale sollen erstmals belastbare unterjährigere Analysen gesellschaftlicher Entwicklungen möglich werden.

Ergänzend ist ein Ausbau der Stichprobe vorgesehen, um auch auf Quartalsebene ausreichend große Fallzahlen für robuste Analysen und Subgruppenvergleiche zu gewährleisten. Dadurch können politische Maßnahmen zeitnah evaluiert und Entwicklungen in spezifischen Bevölkerungsgruppen präziser analysiert werden.

Innovationsbaustein 2: Flexible Erhebungen und Datenanreicherung

Die bestehende jährliche Befragung wird durch flexible Befragungsmodule ergänzt, die kurzfristig an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen angepasst werden können. Zusätzlich werden technische Voraussetzungen geschaffen, um sogenannte Flash Surveys durchzuführen. Diese ermöglichen es, innerhalb kürzester Zeit Informationen zu unerwarteten Ereignissen oder akuten gesellschaftlichen Entwicklungen zu erheben.

Darüber hinaus soll die Verknüpfung mit externen Datenquellen systematisch ausgebaut werden. Hierzu zählen insbesondere administrative Individualdaten, regionale Kontextdaten sowie weitere externe Datenbestände. Die Kombination verschiedener Datenquellen eröffnet neue Möglichkeiten für innovative Forschungsdesigns und kausale Analysen.

Innovationsbaustein 3: Zeitnahe Datenbereitstellung und verbesserte Datennutzung

Um die Nutzbarkeit der Daten für Forschung und Politikberatung zu erhöhen, soll die bisherige jährliche Datenbereitstellung durch quartalsweise Fast-Track-Datenlieferungen ergänzt werden. Die in einem Quartal erhobenen

Daten werden bereits im Folgequartal in vorläufig aufbereiteter Form bereitgestellt.

Darüber hinaus wird die Datennutzungsinfrastruktur ausgebaut. Geplant sind unter anderem ein gesellschaftliches Monitoring-System mit zentralen Indikatoren des sozialen Wandels, ein Kompetenz- und Beratungszentrum für Panelanalysen sowie verbesserte Möglichkeiten des datenschutzkonformen Fernzugriffs auf sensible Datenbestände.

Schrittweise Umsetzung der SOEP-Transformation

Die Umsetzung der SOEP-Transformation erfolgt stufenweise und umfasst die sukzessive Einführung neuer Erhebungs- und Datenbereitstellungsverfahren, die Erweiterung der Stichproben- und Datenbasis sowie die stärkere Integration digitaler Erhebungsformen und externer Datenquellen. Die einzelnen Maßnahmen werden zunächst in Pilotstudien erprobt und wissenschaftlich evaluiert, bevor sie in den Regelbetrieb überführt werden. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die neuen Komponenten sowohl hohen wissenschaftlichen Qualitätsstandards genügen als auch den Anforderungen einer zeitnahen evidenzbasierten Politikberatung gerecht werden. Die Wirksamkeit der Transformation wird kontinuierlich anhand wissenschaftlicher, infrastruktureller und gesellschaftlicher Nutzungskriterien überprüft und im Rahmen regelmäßiger externer Evaluationen bewertet.

Fazit

Die Transformation der SOEP-Dateninfrastruktur verbindet die Stärken einer etablierten bevölkerungsrepräsentativen Längsschnittstudie mit der Flexibilität einer adaptiven und zeitnahen Erhebungsinfrastruktur. Dadurch entsteht ein Instrument, das kurzfristige gesellschaftliche Entwicklungen in längsschnittliche Kontexte einordnen und zugleich empirische Grundlagen für evidenzbasierte Politikberatung in gesellschaftlichen Echtzeitkrisen bereitstellen kann. Angesichts der begrenzten Verfügbarkeit integrierter Registerdaten in Deutschland kann die Weiterentwicklung des SOEP eine zentrale Lücke schließen. Sie ermöglicht die zeitnahe Beobachtung gesellschaftlicher Krisenfolgen über verschiedene Lebensbereiche hinweg und schafft damit eine wesentliche Grundlage für wissenschaftlich fundierte, sozial differenzierte und handlungsrelevante Politikberatung. Darüber hinaus eröffnet die Transformation erhebliche wissenschaftliche und gesellschaftliche Potenziale. Durch die Kombination hochfrequenter Erhebungen mit mehr als vier Jahrzehnten längsschnittlicher Beobachtung entsteht ein in Deutschland einzigartiges Datenökosystem zur Analyse komplexer sozialer Phänomene. Dies ermöglicht nicht nur die Untersuchung kurzfristiger gesellschaftlicher Dynamiken,

sondern auch deren Einordnung in langfristige Entwicklungsprozesse und historische Kontexte. Dynamische und kausale Zusammenhänge, etwa intergenerationale und haushaltsbezogene Ungleichheitsdynamiken oder die Folgen gesellschaftlicher Krisen, können dadurch differenzierter analysiert und bestehende Theorien empirisch weiterentwickelt oder überprüft werden.

Gleichzeitig stärkt die Transformation die evidenzbasierte Politikberatung substanziell. Die Verfügbarkeit hochauflösender Längsschnittdaten erlaubt eine zeitnahe Evaluation politischer Maßnahmen unter Berücksichtigung von Ursache-Wirkungs-Beziehungen und schafft damit die Grundlage für fundierte und zukunftsorientierte Politikempfehlungen. Schließlich trägt die zeitnahe Bereitstellung wissenschaftlicher Befunde dazu bei, gesellschaftliche Debatten und öffentliche Diskurse empirisch zu fundieren und wissenschaftliche Erkenntnisse schneller für Politik, Medien und Gesellschaft nutzbar zu machen. Insgesamt besitzt die Transformation des SOEP das Potenzial, die evidenzbasierte Entscheidungsfindung in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft nachhaltig zu stärken.

Literatur

- Antoni, M., Beckmannshagen, M., Grabka, M. M., Keita, S. & Trübswetter, P. (2026). Befragungsdaten der SOEP-Core-, IAB-SOEP Migrationsstichprobe, IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten und SOEP-Innovationssample verknüpft mit administrativen Daten des IAB (SOEP-CMI-ADIAB) 1975-2023 (FDZ-Datenreport 02/2026). Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
- Bakker, B. F. M., van Rooijen, J. & van Toor, L. (2014). *The system of social statistical datasets of Statistics Netherlands: An integral approach to the production of register-based social statistics*. *Statistical Journal of the IAOS*, 30(4), 411–424.
- Brücker, H., Ette, A., Grabka, M. M., Kosyakova, Y., Niehues, W., Rother, N., Spieß, C. K., Zinn, S., Bujard, M., Cardozo Silva, A. R., Décieux, J. P., Maddox, A., Milewski, N., Sauer, L., Schmitz, S., Schwanhäuser, S., Siegert, M., Steinhauer, H. & Tanis, K. (2023). Ukrainian refugees in Germany: Evidence from a large representative survey. *Comparative Population Studies*, 48, 395–424.
- Brücker, H., Kosyakova, Y., Rother, N., Zinn, S., Liebau, E., Gider, W., Schwanhäuser, S. & Siegert, M. (2026). Exploring integration and migration dynamics: the research potentials of a large-scale longitudinal household study of refugees in Germany. *European Sociological Review*, 42(1), 146–163.
- Kühne, S., Kroh, M., Liebig, S. & Zinn, S. (2020). The need for household panel surveys in times of crisis: The case of SOEP-CoV. *Survey Research Methods*, 14(2), 195–203.
- Lüthen, H., Schröder, C., Grabka, M. M., Goebel, J., Mika, T., Brüggmann, D., Ellert, S. & Penz, H. (2022). SOEP-RV: linking German socio-economic panel data to pension records. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 242(2), 291–307.
- Neuhaus, H., Rosario, A. S., Butschalowsky, H., Haller, S., Hoebel, J., Michel, J., Nitsche, A., Poethko-Müller, C., Prütz, F., Schlaud, M., Steinhauer, H. W., Wilking, H., Wieler, L. H., Schaade, L., Liebig, S., Gößwald, A., Grabka, M. M., Zinn, S. & Ziese, T. (2022). Nationally representative results on SARS-CoV-2 seroprevalence and testing in Germany at the end of 2020. *Scientific Reports*, 12(1), 19492.
- Saravia, A., Liebig, S. & Nussbeck, F. W. (2026). Krisen- und katastrophenbezogene Inhalte in sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsumfragen. *RatSWD Working Paper*, 290.
- Thygesen, L. C. & Ersbøll, A. K. (2014). Danish population-based registers for public health and health-related welfare research: Introduction to the supplement. *Scandinavian Journal of Public Health*, 42(13 Suppl.), 2–4.
- UNECE – United Nations Economic Commission for Europe. (2018). *Guidelines on the use of registers and administrative data for population and housing censuses*. United Nations.

Title: Transformation of the SOEP: evidence-based policy advice for times of crisis

Abstract: Policy advice requires a robust and readily accessible data foundation—elements that are particularly difficult to secure during times of crisis. What is needed, therefore, are high-performance, permanently maintained data infrastructures that can be rapidly activated and utilised for scientific analysis in the event of a crisis. The SOEP data infrastructure is also set to improve; starting in 2028, a transformation process will begin with the aim of further developing the existing research data infrastructure to enable faster, more flexible, and thematically adaptable responses to societal crises. Among other measures, “quarterly representativeness” will be introduced, making it possible for the first time to conduct within-year analyses of societal developments.